

D-02-130-2 Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Antragsteller*in: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 130 bis 141:

~~Wir wollen, dass Rückführungen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht auf Schutz. Wer nach sorgfältiger Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen. Dieses Prinzip glaubwürdig anzuwenden, ist eine Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz. Dafür braucht es funktionierende Regeln auch im Bereich der Rückführungen, die stets rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige Rückkehr steht dabei für uns im Vordergrund. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen notwendig sind, müssen sie auch vollziehbar sein, und dabei stets dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgen, der unsere Leitschnur ist. Gerade der~~ Wir wollen zwangsweise Rückführungen grundsätzlich vermeiden. Sollten sie nicht vermeidbar sein, müssen Rückführungen jederzeit rechtsstaatlich und menschenwürdig durchgeführt werden. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht auf Schutz. Wir führen eine sorgfältige, individuelle Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen durch. Wer nach dieser Prüfung sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, mit der*m müssen vor einer Rückführung andere Bleibeperspektiven ausgelotet werden - z.B. nach dem Chancen-Aufenthaltsgesetz. Wo Rückführungen notwendig sind, müssen sie stets dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgen, der unsere Leitschnur ist. Dafür braucht es funktionierende Regeln, die rechtsstaatlichen Standards entsprechen und die Wahrung der Menschenwürde sicherstellen. Der Schutz vulnerabler Gruppen sowie von Familien und Kindern muss sichergestellt sein.

Begründung

Forderungen nach mehr Rückführungen sind die E-Fuels der Asyldebatte. Sie kommen daher, wie revolutionär neue Antworten auf alte Fragen, dabei sind sie völlig ineffizient und dienen nur dazu die Debatte in eine populistische Richtung zu schieben. Statt bestehende Schwierigkeiten konstruktiv anzugehen, profilieren sich selbsternannte Migrationsexpert*innen auf dem Rücken von Menschen, die zu den vulnerabelsten Gruppen weltweit zählen.

Wir widersprechen populistischen Parolen und versachlichen die Debatte. Statt immer härtere Wege zu erfinden, wie Menschen aus Deutschland zwangsweise abgeschoben werden können, müssen wir endlich wirksame Maßnahmen ergreifen, um Menschen die hier sind schnellstmöglich in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deutschland braucht Einwanderung. Heute dringender denn je. (Dazu Marcel Fratscher <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/migrationsdebatte-arbeitsmarkt-wirtschaft-zugewanderte-auswirkungen>).

weitere Antragsteller*innen

Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Cim Kartal (KV Bielefeld); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Jennifer Bode (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christoph Noll (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Sandra Smolka (KV Freising); sowie 55 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.